



Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik  
Duesseldorf Institute for Foreign and Security Policy

Michaela C. Hertkorn, Ph.D.

## Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das Atlantische Bündnis sind

Deutschlands theoretische Rolle  
in der Mitte Europas

**DIAS ANALYSE**  
**Nr. 3 November 2003**

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Michaela C. Hertkorn

arbeitet als politische Analystin und Gastwissenschaftlerin am Center for European Studies der New York University. Sie ist Adjunct Assistant Professor an der Whitehead School of Diplomacy der Seton Hall University und Fakultätsmitglied im Department for International Affairs and NGOs an der New York University. Sie hat an der Freien Universität Berlin promoviert und Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg studiert.

Michaela Hertkorn erreichen Sie über [hertkorn@dias-online.org](mailto:hertkorn@dias-online.org).

Michaela C. Hertkorn

Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das Atlantische Bündnis sind. DIAS Analyse Nr. 3, Düsseldorf, November 2003.

Herausgeber

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

© 2003, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

## Inhaltsverzeichnis

Deutsch-amerikanische Beziehungen und ihre Bedeutung für die Allianz .....	4
Was bedeuten diese Herausforderungen für Deutschland angesichts jüngster Spannungen mit den USA?.....	5
Über die problematischen Auswirkungen auf die NATO Transformation .....	6
Über die problematischen Auswirkungen im inner-europäischen Raum bzw. innerhalb der EU .....	7
Mehr zur Rolle Deutschlands in der NATO und der EU: Herausforderungen des 21. Jahrhundert .....	8
Schlußfolgerungen für eine verantwortungsbewußte Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.....	9
Zusammenfassende Schlußfolgerungen.....	10
Literatur .....	13

## Deutsch-amerikanische Beziehungen und ihre Bedeutung für die Allianz

Die NATO Deklaration vom 6. Oktober 2002 beschreibt die wesentliche Ziele der NATO-Transformation: Die NATO müsse “in der Lage sein, immer dann aktiv zu werden, sobald die Sicherheit ihrer Mitglieder bedroht sei, und dies – idealerweise - auf Basis der UN Charta. Indem die NATO klarmache, daß es keine Freizone für jene Staaten gebe, die freie Gesellschaften bedrohten, bzw. Terroristen Schutz böten”,<sup>1</sup> werde die NATO Strategie der Abschreckung gestärkt. Der Nordatlantische Rat solle etwaige Maßnahmen von Fall zu Fall entscheiden. Wo die NATO als Ganzes nicht aktiv würde, sollten sogenannte Koalitionen der Willigen in die Lage versetzt werden, auf NATO Kapazitäten, Einrichtungen und Programme zurückgreifen zu können.

Als Topziel nennt die Deklaration die Verteidigung gegen den globalen Terrorismus, die fortan zentraler Bestandteil der gesamten Spannbreite von NATO Zielsetzungen sei. NATO Aktionen zur Bekämpfung des globalen Terrors sollten auf den Beitrag einzelner Mitgliedstaaten zurückgreifen. Die Beiträge einzelner Nationen wiederum müssten parlamentarischer Kontrolle unterzogen und dadurch transparent gemacht werden.

Priorität sollte solchen Projekten eingeräumt werden, die die Beteiligung möglichst vieler Mitglieder förderten, und aus denen sich neue gemeinsame NATO Kapazitäten, bzw. Einrichtungen entwickeln ließen. Militärische Fähigkeiten und Initiativen von NATO und EU sollten sich in einer Atmosphäre der Offenheit gegenseitig verstärken, und durch dauerhafte Koordinierungsmechanismen harmonisiert werden. Die NATO müsse ihre Anstrengungen verdoppeln, um die Fragmentierung der Verteidigungshaushalte einzelner Nationalstaaten zu verringern, indem sie die verteidigungspolitischen Kapazitäten der jeweiligen Mitglieder vereine, und etwaige Ausstattungen gemeinsam finanziere. Dies sollte zumindest einige jener Hemmnisse, Technologien gemeinsam zu nutzen, beheben. Die Allianz müsse in der Lage sein, überall dort zu handeln, wo die eigenen Interessen gefährdet seien. Dabei könne die NATO Koalitionen unter eigenem Mandat bilden, oder zu Koalitionen, die sich auf spezifische Missionen konzentrierten, beitragen – ob es nun um sogenannte ‘alte’ oder ‘neue’ Bedrohungen gehe.<sup>1</sup>

NATO Generalsekretär Lord Robertson betonte in diesem Zusammenhang die Erfahrungen der NATO mit Stabilisierungs- und Friedenprozessen – nach Beendigung eines militärischen Konfliktes – z. B. in Kosovo und Mazedonien.<sup>2</sup> Am 8. Oktober 2002 erklärte Robertson, eine Anzahl sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen im Bereich der Euro-Atlantischen Partnerschaft bedürften der bestmöglichen Kommunikation und Koordinierung zwischen den Europäern und den Nordamerikanern. Der bevorstehende NATO Gipfel in Prag im November 2002 würde die Dringlichkeit der NATO Transformation veranschaulichen.

Der NATO Gipfel in Prag befaßte sich dann auch mit einer breiten Palette an Themen, vom Terrorismus über militärische Kommandostrukturen bis zur Erweiterung des Atlantischen Bündnisses. Im Vordergrund standen die Themen NATO Erweiterung und die Verbesserung der militärischen Kapazitäten der NATO.<sup>3</sup> Das Thema NATO Kapazitäten betreffe sowohl die Mitglieder von NATO und EU. Da jede Nation nur über eine bestimmte Truppenstärke verfüge, sei es notwendig, das Beste aus knappen Ressourcen zu machen, wobei v. a. Duplizierung und Überschneidungen zu vermeiden seien.

Die Botschaft sei eindeutig und unmißverständlich: Der “*European Capabilities Action Plan*” und “*NATO’s Prague Capabilities Commitment*” müßten kompatibel sein. Die Zusammenarbeit beider Organisationen müße in vollständiger Transparenz erfolgen, um etwaige Reibungsverluste bei der Zusammenarbeit von EU und NATO zu vermeiden.<sup>4</sup>

## **Was bedeuten diese Herausforderungen für Deutschland angesichts jüngster Spannungen mit den USA?**

Der vorliegende Artikel diskutiert spezifische Herausforderungen an Deutschland als Regionalmacht inmitten Europas. Wird Deutschland eine konstruktive Rolle spielen, um die engst mögliche Kooperation zwischen EU und NATO zu fördern? Oder, wird es den gegenwärtigen Kurs weiterverfolgen, gemeinsam mit Frankreich seinen Einfluß auf die EU zu nutzen, um ein Gegengewicht zu den USA zu schaffen?<sup>5</sup>

In der Analyse der Autorin hatte die Verschlechterung Deutsch-Amerikanischer Beziehungen problematische Auswirkungen in zweierlei Hinsicht:<sup>6</sup> *erstens*, sie behinderte die sogenannte NATO Transformation; *zweitens*, sie vertiefte die Spaltungen im sogenannten inner-europäischen Raum sowie innerhalb der EU.

Deutschland als Regionalmacht im Herzen Europas sollte einen entscheidenden Beitrag zur NATO Transformation leisten, anstatt Spaltungen innerhalb des Atlantischen Bündnisses und dessen Organisationen zu fördern, bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Dies bedeutet, Deutschland sollte sich für die Vereinheitlichung der verteidigungspolitischen Kapazitäten im Bündnis stark machen. Das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU bei friedensstiftenden und friedenswahrenden Missionen (‘peacemaking’ und ‘post-conflict peace-keeping’), die so eng als möglich verlaufen sollte.

Sowohl die EU, als auch die NATO Erweiterung machen die anstehenden Herausforderungen deutlich, da die Erweiterung beider Organisationen aller Voraussicht nach die Anzahl der amerikafreundlichen Mitgliedsstaaten erhöhen wird.

Eine Europäische Union aber, die – ob nun indirekt oder nicht – darauf abzielt, Europa oder die EU von der NATO abzuspalten oder die NATO zu ersetzen, wird sich sozusagen automatisch auf einem Konfrontationskurs mit den USA befinden.<sup>7</sup> Nicht nur würde eine solche Politik die Fähigkeit der Allianz beeinträchtigen, um angemessen auf die ‘weichen’ und ‘harten’ sicherheitspolitischen Herausforderungen (‘soft’ und ‘hard power’) des 21. Jahrhunderts zu reagieren. Sie würde auch die Chancen für eine funktionierende, wohl integrierte gemeinsame Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik verringern.<sup>8</sup>

Es kann keine Frage von entweder – oder sein, ob die Partner des Atlantischen Bündnisses verstärkt zu NATO Einsätzen beitragen, *oder* als Alternative dazu, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken versuchen. Zumal die Beiträge der Europäer und von EU Mitgliedsstaaten - ob sie nun in der NATO sind oder nicht – von Bedeutung sein werden, wie das Bündnis auf die neue Sicherheitslage reagieren, sich anpassen und somit relevant bleiben wird.

Eine Deutsche Außenpolitik, die sowohl konstruktiv, als auch verantwortlich gegenüber den Partnern ausgerichtet ist, muß diese voneinander abhängenden und sich verstärkenden Gegebenheiten, bzw. Problemlagen berücksichtigen.

Im Gegensatz dazu erschufen die diplomatischen Verirrungen der vergangenen Monate<sup>9</sup> Deutschland wieder als problematischen Partner in der Atlantischen Gemeinschaft. Auch beschädigten sie die Rolle Deutschlands als zweitwichtigsten Partner der USA in Europa – neben Großbritannien.

Es sollte offensichtlich sein, daß eine derartige Entwicklung nicht im Interesse Deutschlands sein kann und ist. Die derzeitige Bundesregierung warf innerhalb nur weniger Monate fundamentale Prinzipien, die Deutsche Außenpolitik seit Ende des 2. Weltkrieges sowie noch in den 90er Jahren charakterisiert hatten, über Bord.

Diese Prinzipien lauteten: Niemals unilateral vorzugehen; es niemals zu einer Entscheidung zwischen Paris und Washington kommen zu lassen; niemals in eine geo-politische "Zangenlage" zwischen Paris und Moskau zu geraten, ohne zusätzliche diplomatische Alternativen in London und Washington. Indem Deutschland Französischen Plänen zur Reform der EU Institutionen stark entgegenkam, gab es schließlich seine bisherige Rolle als Schutzmacht der Interessen kleinerer EU Länder innerhalb der EU Kommission weitestgehend auf. Diese Prinzipien oder Richtlinien Deutscher Außenpolitik erlaubten es sowohl der besetzten Bundesrepublik, als auch dem souveränen Deutschland, langsam aber stetig in seine Rolle als wichtiger Partner innerhalb von EU und NATO hineinzuwachsen, mit dem Wohlwollen und unter der Schutz- und Führungsmacht der USA während und unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges. Die Französische-Deutsche Partnerschaft wurde von den USA nach dem 2. Weltkrieg initiiert. Die Deutsche Wiedervereinigung war nur möglich mit der starken Unterstützung der USA. Sollte die Forderung des Deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder nach 'Normalität' für Deutschland, nichts anderes als die Diskontinuität einer funktionierenden Außenpolitik nach dem 2. Weltkrieg bedeuten, so ignoriert eine solche 'Normalität' die eigentlichen Herausforderungen an das demokratische Deutschland als dem geographisch größten Land innerhalb der EU.

## Über die problematischen Auswirkungen auf die NATO Transformation

Der 11. September 2001 mag wohl die Koordinaten, die bis dato die transatlantische Beziehungen bestimmt hatten, verändert haben. So erklärte Deutschland die Ära nach dem 2. Weltkrieg für unwiderruflich vorüber, und die NATO sah sich einer neuen kollektiven Gefahr in Form von Massenvernichtungswaffen und des globalen Terrorismus gegenüber.

Lord Robertson erklärte am 7. Mai 2002, die NATO mit ihren 19 Mitgliedern und dem NATO-Russland Rat, engagiere sich fortan überall dort auf der Welt, wo ihre Interessen oder die ihrer Mitglieder in Gefahr seien ("NATO at 20 going global where the threat is"). Wesentliche Auswirkungen des 11. Septembers betrafen die NATO Erweiterung und den NATO-Rußland Rat. Die NATO als diplomatische Plattform wandle sich angesichts neuer Herausforderungen.<sup>10</sup>

Die Nationale Sicherheitsstrategie (*The National Security Strategy*) der USA bezeichnet die "Stärkung von Allianzen, um den globalen Terrorismus zu besiegen sowie Bemühungen, um Angriffe auf die USA und deren Verbündete zu verhindern", als einen wesentlichen Bestandteil der

internationalen sicherheitspolitischen Strategie der USA.<sup>11</sup> Während sich die USA weiterhin um die Unterstützung durch ihre Alliierten und vonseiten der internationalen Gemeinschaft bemühten, zögerten sie andererseits auch nicht alleine, bzw. unilateral zu handeln, sollte dies bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstverteidigung notwendig sein, um im Vorhinein gegen Terroristen vorzugehen und um Schaden von USA Bürgern abzuwehren (*preemption*).

Während die USA den Kampf gegen den weltweiten Terrorismus anführten, würden sie neue, produktive internationale Beziehungen schaffen, aber auch bereits existierende Bündnisse neu definieren, damit sie den veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entsprächen.

Der US Vorschlag, eine NATO Eingreiftruppe ins Leben zu rufen, wurde beim NATO Gipfel in Prag im November 2002 formal angenommen.<sup>12</sup> Während des gesamten Prager Gipfels konzentrierten sich Deutsche Medien auf die Frage, ob sich US Präsident George Bush und Schröder wohl die Hände schütteln würden. In den Worten eines Beobachters:

*“Mr. Bush assailed nations that are ‘inward-looking or isolated by indifference’, clearly a reference to Chancellor Schröder’s use of his opposition to the American campaign against Saddam Hussein, as a centerpiece of his recent re-election campaign (...) From John F. Kennedy’s ‘Ich bin ein Berliner’ speech, to Ronald Reagan’s controversial visit to the Bitburg cemetery, postwar American presidents have emphasized reconciliation and unity when speaking of Germany, not memories of war. This time, however, Mr. Bush seemed to be reminding Germans that Europe today stood shoulder to shoulder with America despite them, not because of them”.*<sup>13</sup>

Als besonders problematisch gestaltete sich allerdings die Blockade der NATO im Frühjahr 2003, als im Vorfeld des Irakkrieges die NATO nicht in der Lage war, dem Mitgliedsland Türkei den notwendigen Beistand zu leisten, bzw. defensive Waffensysteme zu liefern. Während es dem NATO Rat schließlich gelang, die eigene Blockierung zu überwinden, scheinen die immer noch andauernden Spannungen zwischen den USA und einzelnen NATO Ländern bezüglich der Rolle der NATO bei der Stabilisierung des Iraks (*post-conflict transition*) auf weitere Probleme am Atlantischen Horizont hinzuweisen.<sup>14</sup>

Ein NATO Bericht im Anschluss an die Irakintervention fasst die Probleme entsprechend zusammen:<sup>15</sup>

*“Yet it is also true that, for the United Kingdom and others, especially the recently oppressed peoples of ‘new Europe’, the United States’ new mission is an Atlantic mission. They wish to keep the United States fully engaged in Europe. They are wary of a European Union dominated by France and Germany. And they are increasingly willing to be engaged elsewhere in the world together with the United States. Now enjoying their first taste of the US-led liberal international order, the Pax Americana, they have no interest in creating a European ‘counterweight’”.*

## **Über die problematischen Auswirkungen im inner-europäischen Raum bzw. innerhalb der EU**

Andere, weniger erfreuliche Auswirkungen der sich verschlechternden Deutsch-Amerikanischen Beziehungen scheinen den inner-europäischen Raum selbst betroffen zu haben. Gute Deutsch-Amerikanische Beziehungen trugen bis dato zur inner-europäischen Stabilität bei.

Problematische Beziehungen zwischen Deutschland und den USA hingegen mögen die Bundesregierung empfänglicher für französischen Argwohn über den vermeintlich zu starken Britischen Einfluß im Atlantischen Bündnis gemacht haben. Somit ließe sich Frankreichs Vorschlag im Frühjahr diesen Jahres erklären, die EU solle eine gemeinsame Politik zur Irakkrise entwerfen, um Großbritannien zu isolieren. Auf der anderen Seite, nachdem es Schröder nicht gelungen war, bei seinem Blitzbesuch in London im September 2002 die aktive Unterstützung Blairs für die 'Aussöhnung' mit den USA zu rekrutieren, mag sein Blick über den Rhein geschweift sein, um in Paris Unterstützung für einen Gegenkurs zur US-Britischen Irakpolitik zu finden.<sup>16</sup>

Als sich Frankreich<sup>17</sup> und Deutschland eine Woche vor dem Bericht der UN Inspektoren vor dem Sicherheitsrat gegen "jegliche militärische Aktion auf der Basis der UN Resolution 1441" aussprachen, spiegelte dies keine gemeinsame Europäische Irakpolitik wider. Im Gegenteil, es verdeutlichte die Differenzen innerhalb von ganz Europa, der EU, der NATO und im UN Sicherheitsrat.<sup>18</sup>

Am 17. Februar 2003 drohte Chirac während eines außergewöhnlichen EU Gipfels den Zentral- und Osteuropäischen Ländern, sie würden ihre künftige EU Mitgliedschaft riskieren, sollten sie die Irakpolitik der USA unterstützen. Diese Erfahrung könnte die 'kleineren' Länder in West- und Osteuropa zu der Frage bewegen, ob es Frankreich und Deutschland erlaubt sein soll, ihre Konzepte der weiteren Integration der gesamten EU überzustülpen? Ein von acht Europäischen Ländern unterzeichneter Brief – z. T. Mitglieder der EU, z. T. noch nicht - hatte Paris erzürnt, symbolisierte er doch die vorhandenen Europäischen Differenzen zum Thema Irak und zu anderen transatlantischen Themen.

Diese Spaltungen wurden noch deutlicher, als vier NATO Mitglieder auf einem extra einberufenen Sondergipfel die Entwicklung einer allein auf der EU basierenden Verteidigungsstrategie beschlossen.<sup>19</sup>

## **Mehr zur Rolle Deutschlands in der NATO und der EU: Herausforderungen des 21. Jahrhunderts**

Hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten eine Politik verfolgt, die entweder bewußt darauf aus war, oder de facto dazu führte, die transatlantische Gemeinschaft zu spalten? 'Versteckt' sich Deutschland hinter 'Europa', indem es seine Außenpolitik 'europäisiert'?<sup>20</sup> Verfolgt Deutschland sein eigenes Konzept weiterer Europäischer Integration – in Form eines föderalen Superstaates – auch deshalb, um die EU für seine eigenen Interessen zu instrumentalisieren, manchmal gemeinsam mit Frankreich, manchmal alleine? Wäre eine derartige Wahrnehmung durch die Partner Deutschlands nicht äußerst problematisch?

Im Gegensatz zum weitaus nationalistischeren Frankreich, welches sich nicht scheut, offen seine außenpolitischen Interessen zu verfolgen: Versucht die Deutsche Bundesregierung, die sich an Pazifismus und 'weicheren' Strategien der Friedensförderung orientiert, dadurch die Übernahme von 'härterer' Sicherheitspolitik im Bündnis, nämlich in der NATO zu vermeiden?

Schließlich, warum sollte eine solche Politik die EU stärken können?<sup>21</sup> Die Antwort lautet, sie kann und wird es nicht. Wenn Deutschland als größtes EU Mitglied seiner sicherheitspoliti-

schen Verantwortung als souveränes Mitglied der Atlantischen Gemeinschaft im 21. Jahrhundert nicht gerecht wird,<sup>22</sup> so betrifft dies die EU und die NATO im Ganzen.

Das Atlantische Bündnis mit der NATO und EU als zentrale Organisationen kann durch die nachstehenden Versäumnisse Berlins nur geschwächt werden: Erstens, die unzureichende Bereitschaft die Bundeswehr konsequent weiter zu modernisieren, inklusive Abschaffung der Wehrpflicht; zweitens, mehr zu friedensschaffenden und friedenswahrenden Einsätzen im Rahmen des Atlantischen Bündnisses, dessen bewährteste sicherheitspolitische Organisation nun einmal die NATO ist, beizutragen, z. B. zu 'peacekeeping' im Irak; sowie aktiv die engst mögliche Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO bei solchen Einsätzen zu unterstützen.

Friedens- und Stabilisierungsprozesse basieren auf den folgenden drei Elementen: 'safety' (Sicherheit), 'well-being' (Wohlfahrt), und 'justice' (Gerechtigkeit/Rechtstaatlichkeit). Um diese Elemente zu garantieren sind langfristige Maßnahmen im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bereich notwendig. Sogenannte 'weichere' Maßnahmen (humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe, Wiederaufbaumaßnahmen) hängen wesentlich vom Element der Sicherheit ('security') in einem postkonfliktuellen Stabilisierungsprozeß ab. Dies weist auf die elementare Schnittstelle zwischen militärischen und zivilen Wiederaufbaumaßnahmen hin, wie das aktuelle Beispiel des Iraks verdeutlicht.

Ein Interview am *American Enterprise Institute* vom 3. Juni 2003 veranschaulicht die derzeitige Problemlage mit einer Metapher:

*"A French driver is driving a German vehicle. On the backseat are covering smaller Western and Eastern European countries, while the French driver heads the German car full speed towards an American tank".*<sup>23</sup>

Wenn man sich Deutschlands tatsächliche Beiträge zu Spezialtruppen in verschiedenen Regionen dieser Welt, zur ISAF in Afghanistan sowie zu Krisengebieten, z. B. auf dem Balkan, während der vergangenen Monate und Jahre vergewissert, so erscheint die vorab beschriebene Wahrnehmung umso tragischer und unnötig.<sup>24</sup>

Die Erwartungen vonseiten der Bündnispartner an das erwachsen gewordene Deutschland verweisen auf wichtige Fragen und auf offensichtliche Herausforderungen, denen sich die Bundesregierung nunmehr in zweierlei Hinsicht gegenüber sieht. *Erstens*, Deutschland sollte seine Partner darin vergewissern, daß seine Außenpolitik immer noch auf den folgenden beiden Grundprinzipien besteht: einer starken transatlantischen Bindung einerseits sowie auf Europäischer Integration andererseits; *zweitens*, die Bundesregierung muß die öffentliche Debatte innerhalb Deutschlands über die eigenen außenpolitischen Interessen, Deutschlands Rolle in der Welt und seine Bündnisverpflichtungen anregen.<sup>25</sup>

## **Schlußfolgerungen für eine verantwortungsbewußte Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Tatsache, daß sowohl Frankreich, als auch Deutschland als unzuverlässige Alliierte in der NATO und EU wahrgenommen werden konnten, hat seine Auswirkungen auf die NATO Transformation und auf den Umgang mit innerstaatlichen Konflikten und dem internationalen Terrorismus gehabt.

Die Auswirkungen betreffen auch die Erweiterung der EU, die EU Verfassungsgebung, und die Art und Weise, wie sowohl die EU Kommission, als auch das Büro des Hohen Vertreters für Außenpolitik im Ministerrat mit Krisenmanagement, Konfliktprävention und anderen Gefahren für die internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert umgehen.<sup>26</sup>

Die erfolgreiche NATO und EU Erweiterung, die Vereinheitlichung von NATO Kapazitäten und die Schaffung einer NATO Einsatztruppe – um innerhalb oder außerhalb des NATO Gebietes eingreifen zu können – wird gerade auch von Deutschland abhängen, welches sich nun einmal in Europa an der Schnittstelle zwischen Ost und West befindet!

*Zbigniew Brzezinski* bezeichnete Deutschland und die USA als *die* entscheidenden Befürworter der NATO Erweiterung und stellte bereits Mitte der 90er die Frage, was eine immer engere Zusammenarbeit zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und den USA aller Voraussicht nach für Frankreich bedeuten möge, dessen eigene geo-strategische Position in der EU und im Atlantischen Bündnis durch Europas Verlagerung nach Osten geschwächt werden würde.<sup>27</sup>

Die Deutsche Öffentlichkeit sieht sich im Grunde der Frage gegenüber, wie ernsthaft die derzeitige Bundesregierung gewillt und bereit ist, den außenpolitischen Kurs aufzugeben, einer starken transatlantischen Beziehung quasi als Alternative die weitere EU Integration gegenüberzustellen?<sup>28</sup>

Welche Haltung werden die jetzigen Koalitionspartner und die Opposition wohl einnehmen, wenn es darum geht, Deutsche Truppen für friedenswahrende, multinationale Einsätze, z.B. im Rahmen der NATO 'out of area' in den Irak zu senden?<sup>29</sup>

Während Deutschland weiterhin nicht seinem Potential und seiner theoretischen Rolle im Bündnis gerecht, sondern damit fortfahren mag, die eigene Öffentlichkeit unangemessen über die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu informieren, haben sich neue und künftige NATO Mitglieder in Osteuropa, so Polen, Rumänien und Bulgarien bereits dadurch hervorgetan, an Stelle von 'alten' Bündnispartnern - z.B. Deutschland - die NATO Transformation aktiv voranzutreiben.

Was die USA betrifft, so scheint die Entscheidung gefallen zu sein: Die anstehende Umstrukturierung der NATO Kommandozentralen und Hauptquartiere sowie die NATO Erweiterung sollten sich am besten dadurch realisieren lassen, indem die NATO auch physisch nach Osten 'verlagert wird'. Die in Deutschland stationierten US Truppen werden i. d. S. (teilweise) aus Deutschland abgezogen, und vom Rhein sozusagen an die Masurischen Seen, bzw. an die südliche Donau verlegt.<sup>30</sup> Als Donald Rumsfeld im Frühsommer 2003 Frankreich und Deutschland dazu aufforderte, mit friedenswahrenden Truppen ('peacekeeping') zur Stabilisierung im Irak beizutragen, signalisierte dies, daß sich die Tür für Deutschland noch nicht ganz geschlossen hatte, um ein entscheidender Bestandteil der neuen Atlantischen Agenda zu bleiben, bzw. dies wieder zu werden.

## Zusammenfassende Schlußfolgerungen

Im folgenden sind die zentralen Herausforderungen an eine verantwortungsbewußte Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik aufgeführt.

- Deutschlands Bemühungen müssen darauf abzielen, daß die USA ein zentraler Bestandteil Europäischer Sicherheitspolitik bleiben. Die US Führungsrolle kann immer noch als Vorbedingung dafür gelten, daß gerade das wiedervereinigte Deutschland weiter in seine außen- und sicherheitspolitische Rolle hineinzuwachsen vermag, ohne den berüchtigten 'Kroatieneffekt', welcher Deutschland im Zuge seiner Balkanpolitik Anfang der 90er in Europa isoliert sah, und sich seine Nachbarn nervös über Deutschlands wirtschaftliche und politische Größe zeigten.<sup>31</sup>
- Deutschland sollte sich seiner geo-strategischen Position in Europa gänzlich bewußt werden: Deutschland kann eine Menge dazu beitragen, die Beziehungen zwischen den USA und Rußland, den USA und Frankreich sowie den USA und auch der Türkei zu stärken, anstatt sie zu schwächen.
- Deutschland sollte sich die problematischen Auswirkungen klarmachen, welche die jüngste Verschlechterung Deutsch-Amerikanischer Beziehungen hatte. Derzeit bestehen die wohl entscheidendsten bilateralen Beziehungen mit den USA innerhalb der NATO und EU mit den folgenden Ländern: Spanien im Westen und Polen im Osten von Deutschland; Großbritannien im Norden und Italien im Süden. Dieses Szenario verdeutlicht eines: Deutschland wird seinem Potential als integrierende Zentralmacht und als organisierende Drehscheibe im Bündnis derzeit nicht gerecht.
- Deutschland sollte seine eigenen nationalen Interessen auf eine transparente Art und Weise formulieren, anstatt seine Außenpolitik an Französische Nationalinteressen zu binden. Deutsche Nationalinteressen sollten sich auch an globalen Sicherheitsrisiken orientieren, zusätzlich zur weiteren EU Integration.
- Deutschland sieht sich den folgenden konkreten Herausforderungen gegenüber, welche den Kampf gegen den globalen Terrorismus betreffen: *Erstens*, die Deutsche Öffentlichkeit von der vorhandenen Gefahr für das Bündnis und seine Mitglieder zu überzeugen; *zweitens*, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen, was Deutschland innerhalb von NATO und EU gegen den Terrorismus und andere Bedrohungen der internationalen Sicherheit beitragen kann ('peacemaking' und 'peacekeeping').<sup>32</sup>
- Deutschland muß seinen Beitrag zur NATO Transformation leisten, um dessen Relevanz im 21. Jahrhundert zu erhalten. Während die USA ihre sicherheitspolitische Strategie in der *National Security Strategy* neu definierten, und die NATO sich der eigenen Transformation verschrieb, hat Deutschland wohl erst noch zu entscheiden, wie genau es sich zu den notwendigen Veränderungen im Bündnis verhalten will. Es ist zweifelhaft, inwieweit rhetorische Spiele die militärischen Kapazitäten der EU betreffend, so z. B. die von Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg angestrebte Schaffung einer weiteren unterfinanzierten EU Verteilungsstruktur, zur notwendigen NATO-EU Kooperation beitragen werden, welche von zentraler Bedeutung für die neue Atlantische Agenda ist. Deutschland hat eine entscheidende – konstruktive - Rolle in dieser Hinsicht zu spielen, auch was die Vermittlung zwischen NATO-Ländern, die nicht in der EU sind (z.B. Türkei), betrifft.
- Deutsche Außenpolitik muß schneller und pro-aktiver auf globale Entwicklungen eingehen. Dies betrifft sowohl die Friedensstiftung ('peacemaking'), als auch robuste Friedenswahrung ('peacekeeping'). *Es sind nicht zuletzt jene Erfahrungen, die die junge Bundesrepu-*

*blick als von einer Diktatur befreites und von Alliierten besetztes Land unter dem Marshall Plan machte, die Deutschland befähigen sollten, zu komplexen friedenswahrenden und stabilisierenden Einsätzen, wie in Afghanistan und im Irak maßgeblich beizutragen!*<sup>33</sup> Deutschland muß mit der Aufstockung seines Verteidigungshaushaltes ernst machen. Die Herausforderungen an das Atlantische Bündnis und seine Mitglieder sind in der US *National Security Strategy* beschrieben. Sie weist auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen Deutschland konfrontiert ist, hin.

## Literatur

- <sup>1</sup> Deklaration zur NATO Transformation, Standing Committee, Brussels, 6. Oktober 2002.
- <sup>2</sup> Um dies zu erreichen, seien die folgenden Maßnahmen notwendig: Erstens, Erweiterung der NATO Mitgliedschaft auf all jene demokratischen Nationen, die bereit und fähig sind, die Verteidigungslasten der Allianz zu teilen, und NATOs gemeinsame Interessen zu fördern; zweitens, dafür zu sorgen, daß einzelne NATO Mitgliedsstaaten auf angemessene Weise mit Truppen zu Kampfeinsätzen beitragen; drittens, die Entwicklung von Planungsprozessen, um die Beiträge einzelner Mitgliedsstaaten effizient zu machen und in eine multinationale Einsatz- und Kampftruppe zu verwandeln.
- <sup>3</sup> Interview mit Generalsekretär, Lord Robertson, *Fox News*, August 1, 2003: "From on August 11<sup>th</sup>, NATO will take over the command of ISAF in Afghanistan. With regard to Iraq, 11 NATO members already pledged troops for the post-conflict stabilization and transition process. From on August 2003, NATO nations, like Poland and Spain, with the logistical support of NATO, will be on the ground in Iraq to share the burden. What Allies in EU and NATO need to do in general, is to learn more about how to deal with conflict in pre- and post-settlement situations. NATO is used to deal with the sharp edges of the killing fields of the Balkans. The Alliance faces the challenge how to address post-conflict situations."
- <sup>4</sup> Rede des NATO Generalsekretärs, EU Committee on Foreign Affairs, Human Rights, Defence Policy and Common Security, Lord Robertson, *NATO on-line library*, October 8, 2002.
- <sup>5</sup> 'Transforming the Alliance', *NATO Review*, Sommer 2002.
- <sup>6</sup> Karsten Voigt im Auswärtigen Amt in Berlin argumentierte während eines persönlichen Interviews im Januar 2001, die NATO habe sich immer mit kollektiver Verteidigung befaßt. Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hingegen, sollte die EU in die Lage versetzen, Verteidigungskapazitäten 'zusätzlich zu denen der USA' zu schaffen. Er hob die Bedeutung der 'Petersberg tasks' hervor. Die meisten Krisen von Europäischem Interesse, wie z. B. der Balkan, bräuchten genau die in den 'Petersberg tasks' beschriebenen Instrumente. Er könne sich keinen Konflikt in Europa vorstellen, bei welchem mehr sogenannte 'hard power' notwendig sei, oder wo sich Friedenswahrung in Friedensstiftung ('peacemaking') entwickeln wuerde.
- <sup>7</sup> Spannungen zwischen den USA und Deutschland manifestierten sich anhand von verschiedenen Themen, Kyoto Protokoll und dem Raketenabwehrsystem bis hin zum Internationalen Gerichtshof (ICC); Michaela Hertkorn, 'The Impact of September 11<sup>th</sup> on ESDP and Coercive Prevention: The German Perspective', *Seton Hall Journal of Diplomacy and International Relations*, Winter/Frühjahr 2003.
- <sup>8</sup> Was die US Führungsrolle betrifft, so wurden vier mögliche Szenarien entwickelt: Erstens, die USA führt nicht, und die EU ist unwillens oder unfähig, alleine zu handeln. Dies war Anfang der 90er in Bosnien-Herzegovina der Fall. Zweitens, die USA führen und die EU is nicht willens, oder nicht fähig, es alleine zu tun, bzw. einen wesentlichen militärischen Beitrag zu leisten. Dies mag der Fall während der NATO Intervention im Kosovo gewesen sein. Drittens, die USA übernehmen ihre Führungsrolle, und die EU entwickelt eigene sicherheits- und verteidigungspolitische Instrumente. Dies mag das ursprüngliche Ziel der ESVP gewesen sein, wie sie vor allem von Großbritannien konzipiert wurde, welches stets betonte, die ESVP dürfe sich nicht von der NATO loslösen. Die Britische Politik mag v. a. darauf abgezielt haben, die NATO zu stärken, und das transatlantische Bündnis fest mit weiterer EU Integration verknüpft zu sehen. Viertens, die USA führen nicht, und die EU fährt damit fort, ihre eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Dies beinhaltet das Risiko, daß die ESVP von einigen Europäischen Ländern als von der NATO unabhängig betrachtet wird. Eine solche Sichtweise mag zur nachhaltigen Arbeitsteilung in friedenswährenden und friedensstiftenden Missionen zwischen der NATO und EU führen. Frankreich bemüht sich seit längerem um die Entwicklung eigener, von der NATO getrennter, Europäischer 'hard power' Verteidigungskapazitäten. Deutschland – mit seiner (seit Ende des 2. Weltkrieges) starken pazifistischen Tradition – mag sich dazu verleitet sehen, die ESVP und seine Petersberg Aufgaben als ultimative 'soft power' Alternative zur NATO zu betrachten. Siehe Michaela Hertkorn, 'The Relevance of Perceptions in Foreign Policy: A German – US Perspective', *World Affairs*, Herbst 2001.
- <sup>9</sup> 'Frage unter Freunden – Wohin geht Amerika?', Sabine Christiansen (Sendung vom 06.07.2003), <[http://www.sabine-christiansen.de/2003/07/06/c\\_archiv.html](http://www.sabine-christiansen.de/2003/07/06/c_archiv.html)>. Angela Merkel betonte, ein Europa oder eine Europäische Union auf Konfrontationskurs mit den USA werde nie einig oder geeint sein.
- <sup>10</sup> Durch das französisch-deutsch-russische Trio, kurz vor der militärischen Intervention im Irak im Frühjahr 2003.
- <sup>11</sup> Präsentation durch NATO Generalsekretär Lord Robertson, während des 20. Manfred-Wörner-Seminars für Deutsch-Amerikanische Verständigung, Brüssel, 7. Mai 2002;
- <sup>12</sup> Siehe hierzu: *National Security Strategy of the United States of America*, (Washington, DC: September 2002), <<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>> (Zugriff: 11. November 2003).
- <sup>13</sup> US Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beschrieb auf seinem Weg zu einem Treffen der NATO Botschafter in Polen am 22. Setpember 2002 die folgenden Initiativen für das Bündnis: Erstens, die militärischen Fähigkeiten und Verteidigungskapazitäten, auf die sich die NATO Länder bereits verständigt hätten, müssten verbessert werden; zweitens, die NATO brauche eine NATO Eingreiftruppe ('NATO reaction force'). Die unterschiedlichen und mitunter schwer kompatiblen Verteidigungskapazitäten innerhalb der NATO müßten vereinheitlicht werden, um die NATO in die Lage zu versetzen, im Falle eines 'in' oder 'out of area' auftretenden Problems schnell gemeinsam handeln, bzw. eingreifen zu können. Auf diese Weise ließe sich die andauernde Relevanz der NATO sichern. Das dritte Thema berühre die NATO Kommandostrukturen und Hauptquartiere. Während der US Vorschlag bezüglich einer NATO Eingreiftruppe anfänglich von Spanien und Italien begrüßt worden war, äußere

- sich der Deutsche Verteidigungsminister eher skeptisch, er müsse diese Initiative sorgfältig prüfen, und Frankreich betonte die Notwendigkeit etwaiger UN Mandate für 'out of area' Einsätze der NATO. Siehe Michaela Hertkorn, 'On German-US Relations from Pre-Bush to Post-9/11-Bush: Why Do German Relations Matter to the Transatlantic Relationship', Konferenzpapier (präsentiert bei der BAAS/TSA Konferenz, Aberystwyth, 12. April 2003).
- <sup>14</sup> Serge Schmemann, 'A speech recalls Europe's ghosts', *New York Times*, 23. November 2002: "Mr. Bush wandte sich gegen Nationen, die 'nur mit sich selbst beschäftigt' sind oder sich aufgrund ihrer 'Gleichgültigkeit isoliert' finden. Dies war eindeutig ein Hinweis auf Schröders Opposition bezüglich der Amerikanischen Kampagne gegen Hussein, die Schröder zum Kernstück seiner Wahlstrategie gemacht hatte (...) Von John F. Kennedys 'ich bin ein Berliner' bis hin zu Ronald Reagans umstrittenem Besuch auf dem Bitburger Friedhof, waren Amerikanische Präsidenten stets um Verständigung und Verständnis mit Deutschland in ihren Reden bemüht. Erinnerungen an den Krieg standen dabei außen vor. Dieses Mal jedoch war es anders. Herr Bush schien Deutschland bewußt daran erinnern zu wollen, daß das heutige Europa vereint mit Amerika stehe trotz Deutscher Opposition, und nicht wegen Deutscher Ambitionen, wie im 2. Weltkrieg."
- <sup>15</sup> 'Kein Irak-Einsatz des dänisch-deutsch-polnischen Korps', <[http://www.bmvg.de/sicherheit/030509\\_multinationales\\_korps.php](http://www.bmvg.de/sicherheit/030509_multinationales_korps.php)> (Zugriff: 11. November 2003).
- <sup>16</sup> Tom Donnelly, 'Rethinking NATO', *NATO Review in the Wake of Iraq*, <<http://www.nato.int/docu/review/2003/issue2/english/art2.html>> (Zugriff: 11. November 2003): "Nun ist es aber auch zutreffend, dass für Großbritannien und andere Länder, vor allem für die bis vor kurzem unterdrückten Völker des 'neuen Europas', die neue Sicherheitsstrategie der USA eine Atlantische Mission darstellt. Diese Länder wünschen die USA immer noch voll in Europa engagiert. Ein von Frankreich und Deutschland dominiertes Europa berührt sie unangenehm. Und, sie sind zunehmend dazu bereit, sich gemeinsam mit den USA irgendwo auf der Welt zu engagieren. Jetzt da sie zum ersten Mal die von den USA angeführte liberale Weltordnung ausprobieren – die 'Pax Americana' – verspüren sie kein Interesse ein Europäisches 'Gegengewicht' zu kreieren."
- <sup>17</sup> Dies mögen die unterschwelligen Dynamiken des diplomatischen Dramas gewesen sein, wie sie die Welt zum Thema Irak im Frühjahr 2003 sowohl innerhalb der EU, der NATO und der UN beobachten konnte. Siehe *TIME magazine* Spezialausgabe, 31. März 2003: "The administration missed what was happening in Europe. In the summer 2002, to save his skin in federal elections, German Chancellor Gerhard Schroeder came out against military action in Iraq under any circumstances. He and Chirac had long had chilly relations, but last fall the French and German governments began to work toward a set of common positions on a variety of issues. For the French, this was vital. With Germany set to take a seat on the Security Council in January, Paris would no longer be facing the Americans alone".
- <sup>18</sup> Eine interessante Frage bezüglich des deutsch-französischen Duos scheint zu sein, wer wen am Ende mehr instrumentalisieren dürfte: Frankreich – Deutschland, oder Deutschland – Frankreich? Der frühere außenpolitische Berater des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, Joachim Bitterlich, betonte i. d. S., daß es Frankreich mittels seiner jüngsten Diplomatie in der EU, NATO und UN gelungen sei, seine Position als 'erstes Land in Europa' zu behaupten; siehe 'Frankreich, die Nummer eins', <<http://www.welt.de>>, 18. February 2003.
- <sup>19</sup> Alles in allem scheinen die Spaltungen innerhalb von EU, NATO und UN die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft eher geschwächt zu haben, die Androhung zwinghafter Maßnahmen erfolgreich als Mittel präventiver Diplomatie während der Irakkrise anzuwenden. Die Tatsache, dass einzelne Mitglieder des Bündnisses nicht in der Lage waren, ihre Politik bezüglich des Iraks abzustimmen, erwies sich nicht gerade als förderlich für präventive Diplomatie. Eine Intervention im Irak wurde somit am Ende eher wahrscheinlicher, denn unwahrscheinlicher.
- <sup>20</sup> *BBC News*, 30. April 2003: "Diplomatic warfare breaks out in NATO after a call by France, Germany, Belgium and Luxembourg for the creation of headquarters and planning staff from which a purely European Union based defense might emerge."
- <sup>21</sup> Michael Stürmer, 'Hans-Ulrich Klose ist sich nicht sicher, ob Deutschland eine Außenpolitik hat', *DIE WELT*, 17.07.2003;
- <sup>22</sup> Was die Fähigkeit der EU betrifft, gemeinsam zu handeln, so veranschaulicht das Beispiel des Internationalen Gerichtshofes (ICC), wie schnell die sogenannte gemeinsame EU Position bilateralen Beziehungen nachgibt. Als die EU Kommission Osteuropäischen Ländern drohte, sie riskierten ihre EU Mitgliedschaft, sollten sie den USA die gewünschten Ausnahmeregelungen für deren 'peacekeepers' geben, und dadurch etwaige Auslieferungen von US Truppen an den ICC verhindern, entschieden sich diese Regierungen in Zentral- und Osteuropa für die NATO Mitgliedschaft und gute Beziehungen mit den USA, und zogen sie einer etwaigen EU Mitgliedschaft vor. Desweiteren gaben auch Westeuropäische Länder wie Großbritannien, Spanien und Italien den USA diese Ausnahmeregelungen.
- <sup>23</sup> Diese Herausforderungen betreffen sogenannte "soft-power" und "hard-power" Einsätze sowie alte und neue Bedrohungen. Siehe Michaela Hertkorn, 'Why Conflict Prevention does not Exclude the Use of Force' (Mensch und Buch Verlag; Berlin, 2002).
- <sup>24</sup> Hertkorn, *Why Conflict Prevention Does Not Exclude the Use of Force*.
- <sup>25</sup> Persönliches Interview mit einem Mitarbeiter des Projektes "The New Atlantic Agenda" am American Enterprise Institute, Washington DC, 3. Juni 2003: "Ein Französischer Fahrer steuert ein Deutsches Fahrzeug. Auf dem

- Rücksitz kauern sich die 'kleineren' west- und osteuropäischen Länder, während der französische Fahrer den deutschen Wagen in voller Geschwindigkeit frontal auf einen US-amerikanischen Panzer zusteuert."
- <sup>26</sup> Aktuelle Zahlen zu Bundeswehrauslandseinsätzen: <<http://www.bundeswehr.de/forces/einsatzzahlen.php>> (Zugriff: 11. November 2003).
- <sup>27</sup> 'Resolution der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Länderparlamente und des Deutschen Bundestages sowie des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament zum Verteidigungsgipfel von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg', 29.04.2003; 'Beschluss des Bundesvorstandes vom 28.04.2003: Die Außenpolitischen Interessen Deutschlands: Stabilität durch Partnerschaft und Vertrauen.
- <sup>28</sup> Hertkorn (2002), *Why Conflict Prevention Does not Exclude the Use of Force*; Michaela Hertkorn, 'Defining Preventive Diplomacy in Europe: September 11 and its Impact on the EU's Common Foreign and Security Policy', in David Carment/Albrecht Schnabel, *Conflict Prevention: From Rhetoric to Policy* (Lexington: forthcoming 2004)
- <sup>29</sup> Zbigniew Brzezinski, 'Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft', (Fischer: Berlin), 1997.
- <sup>30</sup> 'The Many Faces of Joschka Fischer', *BBC online*, April 8, 2003: Joschka Fischer sei "the most determined opponent of the Anglo-American project" – noch vor Jacques Chirac.
- <sup>31</sup> Lord Robertson, *Fox News*, August 1, 2003: "... *With regard to Iraq, 11 NATO members already pledged troops for the post-conflict stabilization and transition process. From on August 2003, NATO nations, like Poland and Spain, with the logistical support of NATO, will be on the ground in Iraq to share the burden. What Allies in EU and NATO need to do in general, is to learn more about how to deal with conflict in pre- and post-settlement situations. NATO is used to deal with the sharp edges of the killing fields of the Balkans. The Alliance faces the challenge how to address post-conflict situations.*"
- <sup>32</sup> Lawrence Korb über den Abzug der US Truppen aus Deutschland sowie deren Verlegung nach Polen, Rumänien und Bulgarien, *New York Times OPEd*, 1. August 2003; Persönliche Interviews am at American Enterprise Institute, 3. June 2003.
- <sup>33</sup> Anfang/Mitte der 90er Jahre befand sich Deutschland quasi isoliert in Europa, nachdem es unilateral die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien anerkannt hatte.
- <sup>34</sup> 'Rot-Grün will Wehrpflicht überprüfen', *tagesschau.de*, October 7, 2002; 'Rumsfeld geht auf Distanz bei NATO-Treffen – Struck glaubt an Normalisierung', *DPA*, September 24, 2002. Deutschlands Beitrag zu militärischen Aktionen in Afghanistan führte Ende 2001 zu einer Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag. Was Schröders anti-amerikanische Rhetorik im Sommer 2002 betrifft, so kann Folgendes nicht außeracht gelassen werden: Die Sozialdemokratisch-Grüne Koalition hätte voraussichtlich keine weitere militärische Aktion – nach Afghanistan im Irak – überstanden. Schröders Entschluß allerdings, gute Beziehungen mit den USA dem Erhalt der Koalition und dem Wahlsieg zu opfern, wird einen langfristigen Preis für Deutschland und die Manövrierfähigkeit seiner Außenpolitik haben. Wie sollte z. B. die NATO auf ernsthafte Weise das gemeinsame Deutsch-Holländische Kommando der ISAF in Afghanistan diskutieren, wenn der Amerikanische und Deutsche Verteidigungsminister nicht einmal während des NATO Botschaftertreffens in Polen im September 2002 miteinander sprachen, und die Deutsche Bundesregierung es offensichtlich versäumt hatte, die holländische Regierung vorab über den eigenen Vorschlag eines gemeinsamen Kommandos mit den Niederlanden zu informieren? Während der Kosovo Intervention 1999 bemühte sich der Deutsche Außenminister noch die Prinzipien 'nie mehr Krieg' versus 'nie mehr Völkermord' miteinander zu versöhnen. Nach dem 11. September 2001 bot Schröder dann militärische Hilfe für die USA an. Wie robust sich Deutschlands 'unconditional support' letztendlich erweisen würde, sollte der Krieg gegen den Terrorismus andauern oder sich auf andere Länder, wie dem Irak, ausweiten, versprach bereits im Frühjahr 2002 interessant zu werden.
- <sup>35</sup> "While it can be argued that Germany in the aftermath of World War II benefited from a complex political and economic reconstruction process, it also seems fair to point out that this process had to be safeguarded militarily, arguably for four decades. Altogether, this allowed West Germany to transform its political culture or system from dictatorship to democracy. Given such first hand historical experience, Germany in fact does have the potential and does face the challenge to contribute more to complex reconstruction and peace (building) processes." Zit. gem. Hertkorn, *Why Conflict Prevention Does Not Exclude the Use of Force*, S. 142.

## DIAS ANALYSEN

- 1 Rainer Winkler August 2003  
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002
- 2 Rouven Klein Oktober 2003  
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas
- 3 Michaela Hertkorn November 2003  
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen)
- 4 Heiko Borchert Dezember 2003  
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task

*DIAS ANALYSEN stehen über [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org) zum Download zur Verfügung.*

### **Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik**

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Sicherheitskonferenz sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2003, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)